



Nationalsozialistische Erziehungsaufgaben

NSK. In diesen Tagen findet im Weisergebiete das alljährliche Herbsttreffen der zehn Nationalpolitischen Erziehungsanstalten Preußens statt. In diesem Zusammenhang äußerte sich Reichsminister Rust, auf dessen Gedanken die Schöpfung dieser neuen Anstalten zurückgeht, über Ziel und Aufbau der Nationalpolitischen Erziehungsanstalten sowie über die Heranbildung des Führernachwuchses.

Das Ziel der Anstalten ist mit ihrem Namen genannt: nationalpolitische Erziehung. Dazu ist zu sagen, daß in Deutschland zwar seit einigen Jahrhunderten eine zusammenhängende militärische Führungstradition besteht, aber noch keine nationalpolitische Tradition. Diese letztere konnte sich auch nicht bilden in einem Lande, das als Nation bis zum Jahre 1933 keine politische Einheit darstellte. Die Landesfürsten und Parteien, Klassen und Konfessionen haben auch im Bismarck-Reich und noch mehr in der Republik von Weimar politische Sonderziele verfolgen können, die eine nationalpolitische Einheit und Tradition verhinderten. Nationalpolitik im vollen Sinne des Begriffs gibt es in Deutschland erst seit dem Jahre 1933, dem Jahre der deutschen Revolution.

Die Idee der deutschen Revolution ist also zum Bildungsziel der nationalpolitischen Erziehungsanstalten geworden. An die Stelle des gebildeten humanistischen Privatmannes oder des nur nationaldenkenden, aufgeklärten Wissenschaftlers, tritt die Bildungsidee der „nationalsozialistischen Haltung“, die über Verstandesbildung und über Einzelbildung hinaus den ganzen Menschen und diesen als Glied des Volkstums ergreift. Der klassische Dreiklang der gymnasialen, musischen und politischen Erziehung schließt in sich die klassische Frage, ob Tugend lehrbar ist. Die nationalpolitische Erziehungsanstalt ist ein Versuch der positiven Beantwortung dieser Frage.

Die Anstalten sind zunächst höhere Lehranstalten mit normalem Lehrplan und normaler Reifeprüfung, die zu jedem durch die Reifeprüfung erschlossenen Berufe berechtigt, wie der Abschluß jeder anderen höheren Lehranstalt. Darüber hinaus wird die Jungmannschaft dieser Anstalten im Internat zusammengefaßt und schließlich im praktischen Dienst mit beweglichen und vielseitigen Methoden zur „nationalsozialistischen Haltung“ erzogen.

Sportliche und geländesportliche Ausbildung, Erwerb des SA-Sportabzeichens, Ausbildung im Segelflug, im Motorrad- und Autofahren, sowie mehrere größere Geländebildungen im Jahre gehören ebenso wie Fischen, Reiten usw. zum Ausbildungsplan der Anstalten.

Erzieher und Lehrer sollen insbesondere drei Eigenschaften vereinigen: nationalsozialistische und wissenschaftliche Ausbildung, geländesportliche Fähigkeiten und als drittes einen ursprünglichen und lebendigen Sinn für Jugenderziehung.

Der Lehrer, der sich bisher oft dem Gelehrten verwandter fühlte als der Jugend, wird hier zum Jugendführer, der als erster Kamerad seiner Gruppe ein deutliches Ziel weisen und vorleben kann.

In bezug auf die Schülerauslese und die Aufnahme ist es notwendig, einige Mißverständnisse aufzuklären, die gelegentlich in Elternkreisen aufgetaucht sind. Zunächst sind die nationalpolitischen Erziehungsanstalten nicht den früheren Kadettenanstalten gleichzusetzen, wie sich aus ihrem Namen ja von selbst ergibt, und ebenso auch aus ihrer erheblich vielseitigeren Ausbildung und der umfassenderen Zielsetzung.

Zweitens handelt es sich hier nicht um Wohltätigkeitsanstalten, die etwa Söhne wirtschaftlich ungünstig gestellter Eltern und zerrütteter Ehen aus Gründen sozialer Fürsorge aufnehmen müßten oder wollten.

Schließlich haben die Anstalten auch nicht den Zweck, „Führer“ zu erziehen in dem Sinne, daß etwa jeder Absolvent dieser Anstalten einen Garantieschein für eine „Führer“-Stellung mitbekäme.

Es handelt sich vielmehr darum, ausgesuchte Jungmänner ganz besonders tüchtig und fähig zum Dienst an Staat und Volk zu machen und ihnen die schärfsten Waffen mitzugeben im Kampf für den Nationalsozialismus. Eine „Führer“-Garantie würde ein ungeeignetes Ausleseprinzip darstellen, da eine gesunde Auslese letzten Endes in der praktischen Bewährung vor bestimmten Aufgaben liegt und nicht in einer vorweg gegebenen Garantie.

Die Verbindung der einzelnen Gebiete einer so vielseitigen Ausbildung ist zuweilen nicht leicht. Betonnt muß aber werden, daß in der Einheit der nationalpolitischen Erziehung das wissenschaftliche Element und die theoretische Ausbildung auf keinen Fall zurückgesetzt werden. Im Gegenteil werden gerade die theoretischen Anforderungen an den Anstaltler in der kommenden Zeit von Jahr zu Jahr steigen. Nationalsozialistische Haltung erfordert — und das hat uns der Führer immer wieder gelehrt — körperliche und charakterliche Festigkeit und Disziplin, aber auch die sichere Beherrschung des übersichtlichen und gebrauchsfähigen Wissens.

Tagespiegel.

Im Völkerbundsrat sprach Barthou zur Saarfrage und forderte die Ausarbeitung eines Regimes für den Status quo.

Litauen plant einen neuen Rechtsbruch, die deutsche Unterrichtssprache soll verdrängt werden.

Im Völkerbund begründete Litwinow den sowjetrussischen Antrag in der Abrüstungsfrage, der einfach zur Kenntnis genommen wurde, da er auf Abstimmung verzichtete.

Der Besuch des südbulgarischen Königspaares in der bulgarischen Hauptstadt Sofia hat auch politische Hintergründe. Der Abschluß eines Freundschaftsvertrages soll gesichert sein.

Das Programm für die Erntedankfeier auf dem Büchelberg sieht die Führer-Rede von 16.15 bis 17 Uhr vor.

In Lothringen haben in der Gegend von Nancy und Epinal die großen französischen Manöver begonnen, die bis 2. Oktober dauern.

Die Saarfrage vor dem Völkerbundsrat

Genf, 27. Sept. Der Völkerbundsrat behandelte am Donnerstag nachmittag die Saarfrage. Nachdem Aloisi als Berichterstatter den gegenwärtigen Stand der Frage dargelegt und dabei die Polizeifrage und die Frage ihrer Finanzierung sowie einige Punkte der französischen Denkschrift erwähnt hatte, gab er bekannt, daß das Dreierkomitee sich sowohl an die französische als auch an die deutsche Regierung und an die Regierungskommission des Saargebietes wenden werde, um nähere Auskünfte zu erhalten. Außerdem werde das Dreierkomitee von der ihm gegebenen Erlaubnis Gebrauch machen, Sachverständige und die technischen Einrichtungen des Völkerbundes bei seiner Arbeit zuzuziehen, um in der Lage zu sein, dem Völkerbund im November einen Bericht überreichen zu können.

Darauf sprach zuerst Außenminister Barthou. Die für den Völkerbundsrat wichtige Saarfrage bestehe, so sagte er, aus zwei Teilen, nämlich aus der Vorbereitung der Abstimmung und aus der Beurteilung der Folgen der Abstimmung. Bisher habe sich das Dreierkomitee fast ausschließlich mit dem ersten Teil befaßt. Dabei habe es sich naturgemäß hauptsächlich um die Ausrechterhaltung der Ordnung im Saargebiet während der kommenden Monate gehandelt. Diese Frage sei derartig entscheidend, daß man es nur bedauern könne, daß sie noch nicht völlig geregelt sei. Aus den letzten Mitteilungen der Saarregierung gehe hervor, daß die Lage ernst sei. Deshalb sei es dringend, hier Hilfe zu schaffen. Wenn die Regierungskommission, die für die Ausrechterhaltung der Ordnung verantwortlich sei, nicht in kurzer Zeit eine Polizeitruppe zu ihrer Verfügung habe, auf die sie unter allen Umständen zählen könne, so sei zu befürchten, daß die Abstimmung zu Zwischenfällen führe, die ihre Ehrlichkeit und zugleich das Ansehen des Völkerbundes beeinträchtigen würden.

Die französische Regierung sei an dieser Frage ganz besonders interessiert, denn Frankreich könne auf Grund der Ratsbeschlüsse von 1925 und 1926 angerufen werden, um besondere Verantwortlichkeiten zu übernehmen. Es wolle diese Verantwortlichkeiten nicht zurück. Es würde sich ihnen nicht entziehen, wenn man einen Appell an Frankreich richte: „aber“, so fuhr Barthou fort, „ich drücke das einstimmige Gefühl meines Landes aus, wenn ich erkläre, Frankreich wünsche lebhaft, daß alles vermieden werde, was sein Eingreifen nötig machen könnte (!). Aber um das zu tun, ist es zunächst erforderlich, daß die zwei interessierten Parteien mit gleicher Logik die Verpflichtungen halten, die sie in ihren Briefen vom 2. Juni auf sich genommen haben. Dann muß die Regierungskommission die Mittel haben, um das Programm durchzuführen, das vom Völkerbundsrat am 4. Juni festgesetzt worden ist, mit dem Ziel, die Polizei zu verstärken.“

Dann ging Barthou zur Aufgabe der Abstimmungskommission über. Auch ihre Aufgabe sei schwer. Er sei aber sicher, daß die Kommission in voller Unabhängigkeit durchführe, was vor allem für eine aufmerksame Durchsicht der Wahllisten notwendig sei.

Die französische Denkschrift sei für den Geist Frankreichs kennzeichnend. Frankreich habe, was man immer auch behauptet, auf keine der drei Lösungen, die im Verträge vorgesehen seien, verzichtet, und desinteressierte sich auch für keine von ihnen. Es wolle deswegen für jede dieser Möglichkeiten die Bestimmung festsetzen, die nach der endgültigen Entscheidung des Schicksals des Saargebietes in Kraft zu treten habe. Es handele sich aber noch um mehr, nämlich um die Definition des neuen Regimes. Die Vereinigung mit Frankreich oder die Rückkehr zu Deutschland seien einfache Lösungen, bei denen jeder Wähler sich selbst Vorteile und Nachteile klar machen könne.

Aber die Lösung des Status quo würde im Gegensatz hierzu für den Wähler erst eine klare Gestalt gewinnen, wenn der Völkerbundsrat diese geschaffen habe. Das sei deshalb die vornehmste Pflicht des Völkerbundsrates und seines Komitees. Es handle sich hier um eine Sache, die den Völkerbundsrat und sein Komitee unmittelbar angehe. Man müsse hinzufügen, daß es eine dringende Aufgabe sei. Es sei notwendig, daß bei Beginn der Wahlperiode die saarländischen Wähler eine klare und in loyaler Weise bestimmte Vorstellung von jeder der drei Lösungen hätten, unter denen sie wählen sollten.

Die französische Regierung habe gehofft, daß der Völkerbundsrat schon während dieser Tagung dieser Erwartung der Saarbevölkerung entsprechen würde. Er habe es nicht vermocht. Umsoher müßten wir die Gewißheit haben, daß eine neue Tagung so schnell wie möglich einberufen werde, um diese Frage zu behandeln, und zu regeln.

Barthou verlas dann den, wie er sagte, wichtigsten Teil der französischen Saardenkenschrift, in der es heißt, die französische Regierung erkläre schon jetzt, daß bei der Ausarbeitung des neuen Planes für die Mitarbeit der Saarbevölkerung ein weiterer Platz offen bleibe im Einklang mit dem Vertrag.

Ein Vorstoß Litwinows

Völkerbund soll sich mit der Abrüstung befassen

Genf, 27. Sept. Litwinow hat ein Schreiben an den Präsidenten der Völkerbundsversammlung, Sandler, gerichtet, in dem er bittet, die Versammlung mit dem bisherigen Ergebnis der Abrüstungskonferenz zu beauftragen. Die Völkerbundsversammlung soll dann den Völkerbundsrat ersuchen, seinerseits zu der gegenwärtigen Lage der Abrüstungsfrage Stellung zu nehmen.

Damit würden die Völkerbundsorgane zum erstenmal wieder in die Abrüstungsfrage eingreifen, deren Behandlung bisher dem Präsidium der Abrüstungskonferenz bzw. dem wirklich maßgebenden Mächten überlassen blieb. Ueber den Sinn und Zweck des sowjetrussischen Vorstoßes sind verschiedene Ansichten zu hören. Die einen glauben, sie auf Gründe der sowjetrussischen Innenpolitik zurückzuführen. Andere wieder glauben, daß es sich um einen Versuch der Liquidierung der Abrüstungskonferenz durch den Völkerbundsrat handelt.

Der „Matin“ spricht von einem sowjetrussischen Manöver und erklärt, man habe den Schritt Litwinows allgemein als sehr vorlaut beurteilt, denn angeht die besonderen Umstände, unter denen die Sowjetunion in den Völkerbund aufgenommen worden sei, hätte man nicht erwartet, daß es sich für berechtigt ansehe, die anderen Mächte in einer Frage zur Ordnung zu rufen, die überhaupt nicht auf der Tagesordnung stehe.

„Journal“ sieht in dem Vorstoß Litwinows die Absicht Sowjetrußlands, eine Konferenz über die private Herstellung und den Verkauf von Waffen herbeizuführen. Das Blatt spricht von einer Aufweckung der Toten durch Litwinow. Sein Vorschlag werde jedenfalls den Erfolg haben, daß der Ausschreibung der Abrüstungskonferenz endgültiger Charakter gegeben werde. Die Außenpolitikerin des „Deuvre“, die gute Beziehungen zu sowjetrussischen Kreisen hat, will in dem Schritt Litwinows kein gegen Deutschland gerichtetes Manöver sehen. Der Außenkommissar wolle die Aufmerksamkeit des Völkerbundes auf Deutschland richten, „damit es nicht in aller Ruhe fortfahre, aufzuräumen“.

Die Genfer Berichterstatter der englischen Presse sind der Meinung, daß die Entschließung nur „zur Kenntnis genommen“ und sonst keine Folgen haben wird. Der Berichterstatter der „Times“ erwähnt zwei Bedenken, die dem von Litwinow geplanten Antrag gegenüber geltend zu machen seien: 1. sei beschloffen worden, die Abrüstungsfrage auf der Völkerbundsversammlung diesmal nicht zu erörtern, weil die Abrüstungskonferenz noch bestünde und weil eine vorzeitige Aussprache ihren Ausschichten nur schaden könnte; 2. brauche der Völkerbundsrat keine Weisung von der Versammlung erhalten, da er in der Frage jederzeit selbstständig Schritte tun könne, wenn er wolle. Unter diesen Umständen werde Litwinow wahrscheinlich veranlaßt werden, seinen Vorschlag zurückzuziehen.

Afghanistan in den Völkerbund aufgenommen

Genf, 27. Sept. Am Donnerstag nach 10 Uhr trat die Vollversammlung des Völkerbundes wieder zusammen. Afghanistan wurde mit 47 Stimmen, das heißt einstimmig, in den Völkerbund aufgenommen. Als zweiter Punkt der Tagesordnung ist der Brief Litwinows an den Präsidenten der Vollversammlung angeführt, der sich mit dem Stand der Abrüstungsfrage befaßt. Datan anschließend soll über Ausschlußberichte abgestimmt werden.

Litwinows Vorschlag zur Kenntnis genommen

Genf, 27. Sept. Nachdem die Ausnahme Afghanistans in den Völkerbund durch die Vollversammlung vollzogen war, ging der Präsident zur Behandlung des sowjetrussischen Antrages in der Abrüstungsfrage über. Er teilte der Versammlung den Inhalt



